

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 M. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Feilamteile 1.50 M.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 44

Freitag, den 12. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Massnahmen gegen Eisenbahndiebstähle.

Zur Verhinderung von Diebstählen, Schiebungen oder Bestechungen im Eisenbahnverkehr hat der Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, das hohe Belohnungen für die Aufdeckung ausgesetzt werden. Die Eisenbahndirektionen sind ermächtigt, derartige Belohnungen bis zur Höhe von 2000 Mark für jeden Beteiligten selbständig zu zahlen. Wenn Bedienstete der Beteiligung an Diebstählen, Schiebungen und Bestechungen überführt werden, so sind sie unter Ausschluss mildernder Umstände ohne Rücksicht auf den Wert des entwendeten oder verschobenen Gutes oder die Höhe der Bestechungsgelder nach den Bestimmungen des Beamtenrechts oder des Arbeitsvertrages aus dem Eisenbahndienst für alle Zeiten auszuschließen.

Torfschieber. An der Bahnstrecke Leer-Oldenburg sind bereits vier Bahnarbeiter verhaftet worden, weil sie Hunderte von Ladungen Torf aus dem oldenburgischen Land verschoben haben. Die sauberen Bahnhofbeamten sollen an jedem Wagon 800 Mark Verdienst gehabt haben.

Briefmarkenschwindel. Bei einem Münchner Briefmarkenhändler erschien ein Student aus Freyung und bot ihm ukrainische und Ententebriefmarken, die einen Nennwert von 800 000 Mark hatten, für 6000 Mark an. Der Briefmarkenhändler unterrichtete die Polizei, auf deren Veranlassung in Freyung der Kaufmann Anton Maier aus Bludenz, der die Marken zum Verkauf übergeben hatte, festgenommen wurde. Es wurden bei ihm noch Marken im Werte von 250 000 Kronen gefunden. Er gibt an, er habe sie von seinem Bruder in Bludenz erhalten. Die Marken stammen von einem Diebstahl aus einem von Bludenz nach Wien aufgegebenen Wertpaket im Werte von über 1 Million Kronen.

Die Chemnitzer Krawallprozesse. Seit dem 22. November finden in Chemnitz Schwurgerichtsverhandlungen statt, welche sich mit den Vorgängen vom 7. und 8. August beschäftigen. Die Verhandlungen werden sich bis zum 17. Dezember erstrecken. Es sind Anklagen erhoben wegen Unruhen, verübten Missetats, Plünderungen und Landfriedensbruchs usw. Bis her wurden alle Angeklagten mit Ausnahme eines verurteilt. Ausgangspunkt der Chemnitzer Unruhen waren Demonstrationen, die anfangs nur gegen die Lebensmittelnot gerichtet waren, bald aber in politische Krawalle ausarteten. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Reichswehr und es wurde auf beiden Seiten eine beträchtliche Anzahl Menschen erschossen und verwundet.

Heimkehr aus Japan. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Japan erfolgt mit vier Dampfern, von denen drei Ende Dezember direkt durch den Indischen Ozean nach Deutschland fahren, während der vierte Mitte Januar über Singapur und China nach Deutschland geht. Mit den vier Dampfern sollen alle in Japan weilenden deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördert werden. Der im Januar abgehende letzte Transport wird gleichzeitig die Familien der Kriegsgefangenen heimtschaffen.

Öffentliche Klage gegen Helfferich. Wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, steht in dem Verfahren gegen den Staatsminister Dr. Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger die Erhebung der öffentlichen Anklage bevor.

Roske wünscht Fochs Vormarsch? Nach bürgerlichen Pressemeldungen erklärte Roske dem Korrespondenten des englischen Blattes Daily Mail, daß für Deutschland der Augenblick gekommen sei, mit letzter Energie den Forderungen der Alliierten zu widerstehen. Die Alliierten können das Land besetzen, wenn sie wollen. Der Friede, den sie uns jetzt anbieten, ist nicht ein Friede, sondern eine Verlängerung des Kriegszustandes. Die Annahme eines solchen Vertrages würde das Volk dahin bringen, an den Männern, die ihn unterzeichnen sollten, Rache auszuüben und diese wäre gerechtfertigt. Roske fügte hinzu, daß seine Meinung von den anderen Mitgliedern der deutschen Regierung geteilt werde. Es war vorauszusetzen, daß Roske eher Deutschland völlig zugrunde gerichtet sehen will, als daß er seine von der Entente zur Auslieferung geforderten Handlanger aus den Generalkaisern preisgibt.

Rabinettskrise in Polen. Wie R a t o l i k meldet, ist Paderewsky vollständig von seiner Absicht, das neue Kabinett zu bilden, zurückgetreten, nachdem die polnische Volkspartei erklärt hat, an dem Kabinett sich nicht mehr beteiligen zu wollen. Nunmehr kommt wahrscheinlich ein Koalitionskabinett in Frage.

Der Bürgerkrieg in Mexiko. Meldungen, die hier aus Mexiko eingetroffen sind, belegen, daß sich die Revolution auf ganz Mexiko ausdehnt hat. Ein amerikanisches Geschwader wird erwartet.

Rücktritt des spanischen Gesamtkabinetts. Nach einer Havasmeldung aus Madrid erklärte Dato, daß Santez de Poca die Demission des ganzen Kabinetts eingereicht habe und der König ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt habe, in der Erwägung, daß ein Wechsel in der Politik nicht möglich sei.

Frankreich behält alles. Der S o r teilt mit, Frankreich halte 7000 belgische Waggonen und 16 000 englische Waggonen, die die belgische Regierung von England gekauft habe, in Frankreich zurück. Die belgische Regierung könne nicht ihre Zurückerstattung erreichen. Das Blatt fragt, ob, wenn Frankreich Belgien wohl wolle, es ihm nicht vor allen Dingen die Tausende von Waggonen zurückschicken könne, die es sehr notwendig brauche.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5. Verhandlungstag

(Schluß der Nachmittagsitzung.)

Kemmel-Stuttgart: Kompromisse waren wohl nie eine revolutionäre Tat. Revolutionäre Tat ist, auszusprechen, was ist. Diese Meinungsverschiedenheiten müßten zum Antrag gebracht werden. Was Ledebour zur Begründung seiner Resolution vorbrachte, war aus der Rüstkammer des Bürgerturns geholt. Kemmle polemisiert weiter unter lebhafter Heiterkeit des Parteitags gegen Ledebour. Er weist nach, wie die russischen Kommunisten zu ihrer Anklage gegen die deutschen Unabhängigen gekommen sind. Die Wissenschaft Kautskys wurde von der deutschen Regierung unter die deutschen Arbeiter verteilt. (Widerspruch Hilferdings). Man ist den russischen Revolutionären in die Flanke gefallen und hat die deutsche revolutionäre Welle gehemmt. Daher die Anklage der Bolschewiki. Alle moralischen Faktoren, die Ledebour und Hilferding angeführt haben, haben mit dem Problem nichts zu tun. Solange es Staatsdiktatur gibt, wird man mit Diktatur und Terror zu rechnen haben. Der Parteitag muß die Richtschnur geben für den Weg nach Moskau. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Ich bilde mir garnicht ein, daß unser Beschluß eine revolutionäre Tat sein könnte. Aber ich möchte die Einmütigkeit, um uns die Initiative zu sichern bei der Schaffung der revolutionären Internationale. Ledebour wendet sich unter lebhafter Heiterkeit des Parteitages gegen die Äußerung der Genossin Braunthal, daß nationalistische Gründe leitend gewesen seien bei der Abfassung der Resolution der Parteileitung. Ebenso wendet er sich gegen Kemmle und stellt fest, daß dieser wenigstens die Dinge beim Namen nennt, während Däumig immer von irgend wem spricht. Trotzdem die Bolschewiki von uns gesagt haben: ihr seid uns zu kompromittiert, wollen wir unbeschadet dessen mit ihnen zusammen eine Internationale. Ich bin der Ansicht, daß man ein gewisses Maß von Selbstachtung haben muß, daß man sich nicht alles gefallen läßt. Ich biete alles auf, mit den Bolschewiki zu arbeiten. Es kommt für mich darauf an: wenn irgend jemand in der Regierung, sei es eine bürgerliche, sei es eine proletarische, die Staatsmacht ausnützt, um mit terroristischen Mitteln die freie Meinung zu unterdrücken und Menschen hinzumorden, so kann ich das nicht billigen. Aber wenn wir Gegner unserer Regierung den Kampf gegen den Roske-Terrorismus aufnehmen wollen, so dürfen wir den Terrorismus auch bei unseren Freunden nicht verteidigen. (Lebhafte Beifall). Das ist die niedrigste Terroristenmoral, die hier verteidigt wird. Wir streben einer höheren Moral zu, wir sind die Vorkämpfer der Moral der künftigen klassenlosen Gesellschaft. (Lebhafte Beifall.)

Stern-Essen: Ich frage nur: Vollziehen wir jetzt den Anschluß, sind wir einverstanden mit der dritten Internationale oder nicht? Das ist es, was wir aussprechen müssen. Ich bin der Ansicht wie Hilferding, daß wir unfittliche Waffen nicht gebrauchen dürfen. Die Taten der Bolschewiki sind für uns nicht maßgebend, wir haben uns nur an ihr Programm zu halten. Es kommt zu heftigen Unterbrechungen im Laufe der weiteren Ausführungen des Redners, als er feststellt, daß es zwei Richtungen in der Partei gäbe. Wir müssen auch fragen, was steckt hinter den Stimmungen der Massen? Wir haben auch zu überlegen, ob wir in kurzer Zeit die Russen nicht eher brauchen, als sie uns. Diejenigen, die eine Tat vollbringen wollen, sollen das auch ganz tun. Wirft man zwei Auffassungen zusammen, so kommt nur eine halbe Tat heraus. Stimmen Sie Ihrer Ueberzeugung gemäß. (Beifall.)

Ein erneuter Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte ist eingebracht. Ulrich-Oberbayern begründet ihn. Plettner-Hannover widerspricht ihm. Der Antrag wird angenommen.

Im Schlußwort sagt Genosse Crispian, daß man doch nicht wie auf einen Pflaumenkuchen die Worte spalten sollte. Wir dürfen unser Aktionsprogramm nicht aufgeben, sonst müssen wir eine kommunistische Partei werden. Die Beschlüsse, die wir nicht als revolutionär gelten lassen wollen, sind noch nicht aufgehoben. Das muß doch erst geschehen. Geben Sie der Parteileitung eine klare Richtlinie, die sie vertreten kann, sonst müssen Sie sich eine andere Parteileitung wählen. Schreiben sie nicht auseinander, sondern stellen sie sich hinter die Resolution der Parteileitung. (Lebh. Beifall.)

Auf Vorschlag des Büreaus soll namentliche Abstimmung stattfinden.

Zuerst wird folgender Zusatzantrag zur Resolution der Parteileitung angenommen:

„Sollten die Parteien der andern Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß von der deutschen U. S. P. allein vorzunehmen.“

Es wird vorgeschlagen von Schindler-Pankow und von Ledebour unterstützt, die Abstimmung in der Richtung vorzunehmen, daß erst über die Resolution Stoedter und dann

über die der Parteileitung abgestimmt wird. Das geschieht nach dieser Abstimmung entspinnt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob man das Resultat der Abstimmung über die Resolution Stoedter erst abwarten soll, ehe man die Abstimmung über die Resolution der Parteileitung vornimmt. Das vorläufige Resultat über die Abstimmung der Resolution Stoedter ist: 114 mit ja, 169 mit nein. Es ist ein Antrag auf Neuwahl des gesamten Vorstandes eingegangen.

D i s m a n n - Frankfurt hält lediglich eine Neuwahl für Haase notwendig, die Sekretäre kann man einfach bestätigen. Handelt es sich aber um die Vertrauensfrage, dann muß Neuwahl des gesamten Vorstandes erfolgen. Wir vernennen die Notwendigkeit der Vertrauensfrage.

K r a u s e - Berlin ist für die Neuwahl des Vorstandes. R e i ß - Hamburg: Dieser außerordentliche Parteitag hat sich ein außerordentliches Programm gegeben. Auch unser Beschluß für die Internationale muß von Genossen vertreten und durchgeführt werden, die mit Hirn und Herz dafür sind.

C i c h o r n hält angesichts der entscheidenden Beschlüsse des Parteitages die Neuwahl des Vorstandes für notwendig.

C o h n - Berlin macht darauf aufmerksam, daß doch die Parteileitung sowohl das Aktionsprogramm, wie die Resolution zur Internationale eingebracht hat. Wenn man jetzt verlangt, daß der Parteivorstand abtreten soll, dann heraus mit der Sprache, was man gegen ihn hat.

S i m o n - Nürnberg spricht im gleichen Sinne.

D i s m a n n - Frankfurt erneuert seine Meinung, alles offen auszusprechen, wenn man etwas gegen die Vorstandsmitglieder habe.

S e e g e r - Leipzig stellt fest, daß mit der Befestigung des bisherigen Vorstandes der Anschluß an die dritte Internationale gefördert und eine erneute Kraftprobe heraufbeschwoeren werden soll.

Genosse Crispian gibt die Erklärung ab, daß die gesamte Parteileitung und die Kontrollkommission sich zur Wahl stellen. Er mahnt, den Parteivorstand nicht einseitig zu besetzen, damit ein gedeihliches Arbeiten möglich sei.

Damit wird die Debatte geschlossen. Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit den Antrag auf Neuwahl des Vorstandes an. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Landmannschaften über ihre Vorschläge verständigen. Die Verhandlungen wurden um 11 1/4 Uhr abends auf Sonnabend vertagt.

Zum Urteil im Marloh-Prozess

Von Felix Halle-Berlin.

Das Urteil des Feldkriegsgerichts der dritten Reichswehrbrigade, durch das der Oberleutnant Marloh zu einer „ehrenvollen“ Freiheitsstrafe von einem Monat Festungshaft wegen unerlaubter Entfernung und zu dreißig Mark Geldstrafe wegen Gebrauchs falscher Urkunden verurteilt worden ist, wird in den Reihen des Proletariats tiefe Empörung erwecken. Die revolutionäre Arbeiterchaft hat kein Vertrauen zu der bürgerlichen Rechtsprechung, am allerwenigsten zu der „Rechtsfindung“ der Kameradschaftsgerichtsbarkeit der Offiziere. Mit einem Fehlspruch hatte man gerechnet. Aber diese Verhöhnung des primitivsten Rechtsgefühls muß auf jeden anständigen Menschen wie ein Faustschlag in das Gesicht wirken. Die grauenvolle Tragödie des neunundzwanzigfachen Matrosenmordes hat mit der grotesken Farce des Brigadegerichts zunächst ihren Abschluß gefunden.

Welche Verirrung des Rechtsgefühls ist notwendig, um solches Urteil zustande zu bringen! Entgegen den klaren Ergebnissen der Beweisaufnahme wird der Oberleutnant Marloh von der Schuld an der überlegten vorfälligen namenlos grausamen Tötung von neunundzwanzig Menschen freigesprochen und zugleich für den Versuch, sich durch die Flucht der Verantwortung für sein Verbrechen zu entziehen, zu einer Strafe verurteilt, wie sie bei leichteren Ehrenhändeln der Offiziere üblich ist, und in der der Angeklagte und seine Kreise eine Belobigung durch das Kameradschaftsgericht erblicken müssen.

Im Sinne der Weltanschauung einer überlebten Klasse feierte der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Welt, den Oberleutnant Marloh in der Urteilsbegründung als einen preussischen Offizier im Sinne der alten „königlich“ preussischen Armee, er verherrlichte in schamloser Entweihung seines Richteramtes die grauenvolle Tat als einen politischen Erfolg, da die Erschießung zur endgültigen Niederwerfung der revolutionären Matrosen führte. Diese Urteilsbegründung ist ein klares Dokument des unauslöschlichen Hasses der monarchistischen Offizier- und Militärbeamtenclique gegen die ersten Vorkämpfer für die Revolution.

Die Arbeiterchaft ist nicht rachsüchtig, ihr kriminal-politisches Ideal ist nicht die alte Vergeltungstheorie: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ihr liegt nichts an der Todesstrafe gegen den verriipelten Marloh, den seine Vorgesetzten und Komplizen zu opfern, ja durch neuen Meuchelmord zu beseitigen bereit waren, um sich selbst den Rücken zu decken. Aber die proletarische Rechtsüberzeugung verlangt Gerechtigkeit, d. h. eine gleichmäßige Rechtsanwendung für alle, ohne Ansehen des Standes und der politischen Stellung. Mit gerechtem Zorn muß sie der Vergleich zwischen dem Urteil im Münchener Geiselmordprozess und dem Spruch gegen Marloh erfüllen,

umso mehr, als die Ähnlichkeit der Fälle die Ungleichheit der Beurteilung besonders deutlich in Erscheinung treten läßt.

Die außerordentlichen Militärgerichte sowie die bürgerlichen Strafgerichte haben in diesem Jahre die schwersten Strafen gegen Tausende revolutionärer Proletarier verhängt. Man hat Lenin erschossen, Axelrod und viele andere Revolutionäre für Jahrzehnte ins Zuchthaus geschickt. Man hat das Völkerecht gebrochen, Immunitäten und fremdes Territorium in ungesetzlicher Verfolgungssucht verlegt. Es häuften sich die Fälle, in denen man revolutionäre Proletarier zu längeren und härteren Gefängnisstrafen als den Oberleutnant Marloh verurteilte, nur weil sie in den von einer revolutionären Besatzung eingenommenen Zeitungsgebäuden arbeiteten. Die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs hat man freigesprochen oder entlassen lassen. Marloh für die Ermordung der Matrosen weniger bestraft als belobt. Die Mörder Bogisches und Dorenbachs hat man außer der Reihe befördert. Die Anstifter zu diesen Untaten, insbesondere die hochstehenden intellektuellen Urheber zu der Ermordung Haases, sind von der Justiz völlig unbeteiligt geblieben. Für alle diese Greuelthaten tragen die deutschen Regierungen die volle rechtliche, politische und moralische Verantwortlichkeit. Was aber auch an Korruption und Verbrechen aufgedeckt zu werden vermag, es findet seine Bewunderer in der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Presse. Die deutsche Rechtspflege ist in ihren Grundlagen erschüttert, die Militärjustiz vollkommen verrötet.

Die bürgerliche Klasse ist so in ihre Säge eingesponnen, daß sie bei ihren Justizakten nicht mehr weiß, inwieweit sie mit ihrer Komödie die anderen Klassen und wie weit sie sich selbst betrügt. Nichts beweist den Zusammenbruch der bürgerlichen Rechtsüberzeugung klarer, als die freudige Zustimmung der „verdienenden“ Bürger und der Bürokratie zu solchen Attentaten gegen die Gerechtigkeit.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Marloh-Prozess (Schluß.)

Das Urteil gegen Marloh teilten wir bereits vorgestern mit. In der Begründung heißt es:

Die Erschießung, die am 11. März stattgefunden hat, war objektiv unberechtigt, auch unter Berücksichtigung der ergangenen Befehle. Die Personen, die mit Waffen dort erschienen sind, hatten Waffenscheine von der Kommandantur Berlin, also von der zuständigen militärischen Ortsbehörde. Solche Scheine hatten die Zahlmeister Jakobowsky, Liebau und Harber. Es ist selbstverständlich, daß der Einwand des Angeklagten, diese Waffenscheine wären nicht gültig, nicht zutreffend ist. Er hätte sich bei ruhiger Ueberlegung sagen müssen, daß zwar alle Ausweise und Waffenscheine der B. M. D., die vor dem 7. März ausgestellt waren, ungültig waren, daß aber Waffenscheine der zuständigen Behörde, ausgestellt nach dem 7. März, gültig waren. Die Erschießung der dreißig Mann war auch deshalb unberechtigt, weil nach den Bestimmungen des Standrechtes eine Erschießung nur sofort zulässig ist. Es ist unrichtig, daß der Angeklagte Plünderer erschossen hat. Eine Erschießung von Plünderern ist nur zulässig, wenn Leute auf frischer Tat beim Plündern gefaßt werden. Es können auch nicht die Bestimmungen über den Waffengebrauch herangezogen werden, um die Erschießung gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Zugegeben ist, daß der Angeklagte sich in einer bedrohlichen Lage befunden hat. Aber diese Lage war nicht so bedrohlich, daß er zum Waffengebrauch berechtigt war. Bei dem großen Haß, der zwischen den Regierungstruppen und der B. M. D. damals herrschte, hält es das Gericht für absolut sicher, daß schon bei den ersten Anzeichen einer Meuterei geschossen worden wäre. Daß nicht geschossen wurde, zeigt, daß von einer so dringlichen Bedrohung, daß die Erschießung hätte

vorgenommen werden müssen, nicht die Rede war. Dazu kommt, daß der Angeklagte gar nicht gegen meuternde Gefangene vorgegangen ist, sondern daß die Erschießung erst längere Zeit später, als bereits die Verstärkung eingetroffen war, vorgenommen worden ist, also zu einer Zeit, wo von einer Bedrohung gar nicht die Rede sein konnte. Zu prüfen ist, ob der Angeklagte durch einen Befehl seiner Vorgesetzten gedeckt ist. Bei der Prüfung dieser Frage kommt es nur darauf an, was Marloh durch die Leutnants Schröder und Wehmeyer übermittelt worden ist. Die Schröder'sche Uebermittlung war so allgemein gehalten, daß der Angeklagte diese nicht als einen Befehl in Dienstsachen hat aufgefaßt haben können. Das Gericht ist außerdem der Ueberzeugung, daß bei der Art der Uebermittlung durch Schröder der Angeklagte nicht die Ueberzeugung gehabt haben kann, daß es sich um einen Dienstbefehl handle. Dann ist zu prüfen, ob der Angeklagte auf Grund der ihm von Leutnant Wehmeyer gemachten Mitteilungen glauben konnte, es handle sich für ihn um einen dienstlichen Befehl zur Erschießung. Das Gericht hat keinen Zweifel darüber, daß in dieser Mitteilung nicht etwa ein Privatgespräch Reinhard-Ressle-Wehmeyer zu erblicken ist, sondern daß in so erster Zeit und einer so ersten Angelegenheit selbstverständlich ein Dienstbefehl vorgelegen hat. Dieser Dienstbefehl konnte, darüber ist das Gericht nicht im Zweifel, nur dahin aufgefaßt werden, der Angeklagte solle, gestützt auf die allgemeinen Dienstbefehle, energisch vorgehen und nötigenfalls von der Waffe Gebrauch machen, anders konnte nach dem Wortlaut der Befehl nicht aufgefaßt werden. Der springende Punkt ist aber, wie hat der Angeklagte den Befehl aufgefaßt? Berlin stand damals unter dem Eindruck schwerster Bürgerkämpfe. In Rücksicht gezogen werden muß auch, daß der Angeklagte ein Mann ist, der, wenn auch geistig vollkommen zurechnungsfähig, doch infolge seiner schweren Kopfverletzung anders zu beurteilen ist, als ein normaler Mann. Das Gericht hat unter Berücksichtigung des ganzen Sachverhaltes den Eindruck gewonnen, daß im vorliegenden Falle der Mensch Marloh, der kein Rohling ist, mit dem Soldaten Marloh einen schweren Kampf gekämpft hat. Der Angeklagte hat sicherlich nicht gewußt, was er mit dem erhaltenen Befehl anfangen sollte und hat den Befehl in seiner Seele hin und her gewälzt. Bei der Erziehung des Angeklagten und seiner Neigung zum unbedingten Gehorsam, ist der Angeklagte schließlich, nach der Ueberzeugung des Gerichts, zur Ansicht gekommen, es liege hier ein Befehl zum Erschießen vor, eine Befehl, der ihm die Erschießung zur Pflicht macht. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß Marloh vielleicht auf Grund des Vorwurfs, er sei schlapp, nun hat zeigen wollen, daß dieser Vorwurf nicht berechtigt ist, aber dieser Nachweis hat sich nicht erbringen lassen und so hat das Gericht in diesem Zweifelsfalle zugunsten des Angeklagten sich entscheiden müssen, daß er auf Grund des Befehls zur Erschießung geschritten ist. Hat der Angeklagte aber geglaubt, einen strikten Befehl zur Erschießung zu haben, trifft ihn eine Schuld nicht und er ist deshalb von der Anklage des Totschlags freizusprechen.

Anders liegt die unerlaubte Entfernung. Der Angeklagte ist am 2. Juni fortgegangen, obwohl er wußte, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Seine Behauptung, er sei des Glaubens gewesen, von seinem unmittelbaren Vorgesetzten Urlaub bekommen zu haben, ist nicht stichhaltig. Der Angeklagte ist also wegen unerlaubter Entfernung ohne weiteres zu bestrafen. Das Gericht hat aber berücksichtigt, daß der Angeklagte in sehr erheblicher Weise durch Vorgesetzte, vor allem aber durch seinen Verwandten Pfarrer Rump, beeinflusst worden ist, fortzugehen. Das Gericht hat geglaubt, auf die niedrigste Strafe von drei Monaten und, da es sich bei dem Angeklagten nicht um unehrenhafte Motive handelte, auf Festungshaft erkennen zu sollen.

Eine Urkundenfälschung hat der Angeklagte sich nicht zuschulden kommen lassen, er hat aber gefälschte Legiti-

mationspapiere benutzt. Hierfür hält das Gericht eine Geldstrafe von 30 Mark für ausreichend.

Republikanische Pressefreiheit — oder — der Akt des Oberbefehlshabers

Bekanntlich war vor längerer Zeit die Broschüre „Kauf Liebknechts Militarismus und Antimilitarismus“ beim Verleger Adolf Hoffmann beschlagnahmt worden, desgleichen etwa 10 000 Bogen mit Porträts des Autors, u. a. auch seiner Totenmaske. Diese Beschlagnahme wurde vom Oberreichsanwalt auf Grund einer Verfügung des Rates der Volksbeauftragten aufgehoben: mit dem Erfolge, daß das Berliner Oberkommando in den Marken (Rosenfeld) sie abermals auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 6. 1918 aussprach. Eine Beschwerde hatte Erfolg: das Oberkommando zog seine Maßnahme zurück.

Nun schwang Herr Eugen Graß, der rechtssozialistische Polizeipräsident von Berlin, sich in dem Rücken eines ehrenwürdigen Liebknecht vom Bolle fernzugehen um die Arbeit des erneuten Beschlagnahme auf Grund des § 10, II des Allgemeinen preussischen Landrechts aus dem Jahre 1700? Und zeigte durch diese Tat, daß er Ordre zu parieren verstand. Dann in einem Schreiben des Oberkommandos andes heißt es:

Der Herr Oberbefehlshaber hat von einer Beschlagnahme auf Grund des § 10, II des Belagerungszustandsgesetzes Abstand genommen, indes aber dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin anheimelagelassen, Maßnahmen auf Grund § 10, II U. G. R. zu treffen.

Was auch untertänigst geschehen! Das Possenspiel der verfassungsidrigen Einschränkung der Pressefreiheit läuft also in folgenden in Zirkel: das Reichsgericht hebt eine Beschlagnahme auf, das Oberkommando verfügt sie neu, fiktifiziert sie dann und gibt dem Polizeipräsidenten Anweisung zur erneuten Beschlagnahme. Dann kann die Geschichte von neuem beginnen und wir haben dauernd als Bild der republikanischen Rechtsicherheit und Pressefreiheit das Bild eines Käters, dem der Schwanz am Maule festwuchs!

Während diese Zeilen gesetzt werden, kommt die Nachricht, daß die beschlagnahmten Broschüren und Bilder in sehr ramponiertem Zustande dem Verlage wieder zugestellt worden sind. Die Beschlagnahme ist also wieder mal aufgehoben. Wer von den Verfassungshütern spricht sie nun erneut aus? Immer ran, nur nicht genieren!

Das Reichsnotopfer

Die Not zwingt die Regierung, auch einmal einen steuerlichen Griff in das Portemonnaie der Besitzenden zu machen. Das peitscht die Wut der Vertreter des Besitzes zur Siebthige an. Die Nationalversammlung ist seit Dienstag mit der zweiten Lesung des Reichsnotopfers beschäftigt. Es war schon Herr Prof. Rießer, der seinen Unwillen über diese Art Steuererhebung zum Ausdruck brachte und ihm folgte dann der frühere Krupp-Direktor Hugenberg mit massiven Angriffen auf Erzberger und die rechtssozialistische Regierung. Er läßt an der Finanzpolitik der Regierung kein gutes Stündchen. Zwangswirtschaft und Steuerwirtschaft sind ihm ein Greuel. Er ist so boshaft, die Herren Rosenfeld, Mensch und Wisfel als Kronzeugen für seine Kritik anzuführen. Von der Republik spricht er natürlich nur als von einer sogenannten sozialistischen Republik. So versteigt er sich zu der Behauptung, die deutschen Arbeiter würden sich noch nach den früheren Kapitalisten zurückziehen. Hugenberg ist der Meinung, daß das Reichsnotopfer die Entente veranlassen könnte, die Einnahmen aus dem Reichsnotopfer für sich zu reklamieren und in der Hitze der Polemik gegen Erzberger, der diese Gefahr heraufbeschworen habe, verstieg er sich zu der Bemerkung, es sei dann schon besser, die Entente gleich in das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen. Nach diesen Worten erhob sich ein furchtbarer Sturm. Die Rechtssozialisten, aber auch die Demokraten und das Zentrum schrien ununterbrochen:

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

Das Telephon auf dem Schreibtisch bligte ihn magisch an. Er brauchte ja nur . . .

Rasch riß er Hertas Brief aus der Tasche, obschon ihm ihre Fernsprechnummer bereits fest im Gedächtnis saß — und stellte Amt und Ziffer noch einmal genau fest, dann griff er nach dem Hörrohr — ließ es aber dennoch unberührt. Eine Angst hielt ihn ab, Herta jetzt anzurufen. Gut, daß er davon abgesehen, denn im nächsten Augenblick schellte die Wohnungsglocke draußen schrill und drohend. Er erschrak so heftig, daß er sich über seine eigene Nervosität entsetzte. Mit gespanntem Lauschen horchte er hinaus, es dünkte ihn eine Ewigkeit, bis der Diener den langen Gang von den Wirtschaftsräumen her nach vorn zum Entree durchgemessen hatte, um zu öffnen.

Dabei hatte Jordan ein Gefühl, es sei das Schicksal selbst, das da draußen vor seiner Tür stand und an sie pochte. Endlich — endlich öffnete der Diener — nur wenige Worte wurden draußen gewechselt — die Türen sogleich wieder geschlossen. Ein Telegramm also. Der Depeschbote. Eine Nachricht von Rosalinde. Sein Herz klopfte so, daß er kaum Atem hatte. Der Diener kam — im Schneidentempo wie es Jordan dünkte, herein. Er brachte etwas auf silbernem Brett. Das Telegramm — das Telegramm . . .

„Rasch doch ein bißchen!“ knurrte Jordan. Der Diener beschleunigte seinen Schritt. Mit starren Augen sah Jordan auf das Silberbrett — im nächsten Moment hielt er einen Brief ohne Marke in der Hand. Die Adresse zeigte Hertas stolze und anpruchsvolle Schriftzüge. „Wer hat das gebracht?“ „Ein Eilbote der Paketfahrt.“ „Es ist gut.“ Der Diener ging. Jordan riß den Umschlag auf — er enthielt ein weißes Blatt, in das der Tausendmarkschein eingefaltet war. Kein Wort — keine Silbe sonst . . . Jordan wiegte seinen heißen Kopf. Wieder spielte jenes wohlgefällige Schmunzeln um seinen Mund. Stil — wirklich Stil, dachte er, Haltung, Einfach feine Famos — wie der Valg jeden Streich pariert. Nichts — nicht das Geringste läßt sie sich bieten. Schlag gegen Schlag.

Da hatte er die Antwort. Brachtvoll. Aber dabei doch auch ein bißchen sehr rücksichtslos, ihm den Schein in die Wohnung zurückzuschicken.

Wenn nun Rosalinde . . . Jordan griff nach dem Umschlag, „Persönlich abzugeben“ stand groß auf der Aufschrift. Was konnte Herta dafür, daß der Bote nicht seine Pflicht tat und den Brief in unrechte Hände gab?

Rücksichtslos blieb diese Sendung doch, denn wenn Rosalinde zu Hause gewesen wäre, wie leicht hätte es geschehen können . . . Nein, wirklich rücksichtslos . . .

Ra — und er selbst? War er selbst etwa sehr feinfühlernd vorgegangen? Dieses Geld ohne ein begleitendes Wort an Herta zu senden? Sie war völlig im Recht. Und ihm gefiel das, gefiel ihm über die Maßen.

Jetzt griff er zum Hörrohr und forderte Kurfürst 11891. Eine fremde Stimme — die der Köchin vermutlich, meldete: „Hecker“.

„Kann ich Fräulein Herta sprechen?“ „Wen darf ich melden?“ „Hier — — der Herr vom Bügelmüser.“ „Einen Moment . . .“ Nach einer ganzen Weile Hertas weiche Stimme: „Ja?“ „Du hast mir den Schein zurückgeschickt?“ „Kauf dir 'n Rittergut dafür.“ „Kann ich dich sprechen?“ „Gewiß.“ „Ich komme.“ „Gut.“

Auf dem Wege zu Herta fühlte Jordan, wie die Bequemlichkeit wieder von ihm Besitz ergriff, jene ganz seltsame Beengtheit, die er jedesmal empfand, wenn er sich auf den Weg zu Herta begab. Je länger er das Mädchen kannte, um so höher steigerte sich diese Empfindung. Sie legte sich beengend wie ein Ring um sein Herz und machte sein Atem schwer. Zu jedem Wiedersehen ging er eigentlich wie zum Kampf. Er rüstete sich in seinen Gedanken zu diesem Zusammenstoß, als sollte er einem Feinde begegnen, und erwoag besonders genau die Frage, ob er von Rosalindens Abreise dem Mädchen etwas sagen sollte. Er kam zu einem entschiedenen Nein.

Was ging das Herta an, was zwischen ihm und Rosalinden spielte? Die Zeiten waren vorüber, in denen er dem Narrentraum einer Flucht mit Herta nachgehanger. Sein Haus und sein Abenteuer — das sollten fortan zwei sehr getrennte Dinge bleiben, die man am besten scharf und entschieden weit auseinanderhielt.

Mit einem Freundschaftsgrüß empfing Herta dieses Mal ihren Freund. In ihrem maigrünen, seidenen Hausgewande, das einen so pikanten Farbkontrast zu ihrem goldenen Haare gab, öffnete sie selbst die Entreetür und fiel noch in dieser Jordan um den Hals.

„Endlich,“ flüsterte sie, „endlich,“ und preßte ihn an sich, daß er die Luft verlor. Dann ließ sie von ihm ab, trat einen Schritt zurück und strahlte ihn mit dem Ausdruck wirklicher und echter Herzensfreude an. Es zuckte um ihren Mund. „ . . . mich so — so lange zappeln zu lassen.“

Jordan schloß indessen gemessen und langsam die Türen und zwang den Aufbruch seines Blutes mit ingrimmigem Willensgewalt zur Ruhe. Er lauschte und lauerte mit schärfsten Sinnen auf jeden ihrer Töne, um das Gemachte, Unrechte, Gespielte herauszuhören —

Umsonst. Alles klang lkolbecht — frisch aus bewegtem Herzen heraus.

War sie aber doch eine Komödiantin — und ihr Gefühl nur vorgetäuscht, dann fand sich ihresgleichen kaum wieder in der Welt.

Er fühlte, wie sein Argwohn, sein Mißtrauen schmolz und wich, und wie die Freude in ihm hochschloß, der Jubel darüber, von einem solchen Wesen gern gemacht zu werden.

Fest und entschieden hatte er sich bei dem Ersteigen der Treppen zu Hertas Wohnung noch vorgenommen, heute dem Reserwierten, Kühlen, Ueberlegenen zu spielen, besonders deshalb, weil sie ihm das iegtimal igen Widerwillen gegen gefühlselfige Männer so urdeutlich zu erkennen gegeben — und nun stand er doch wieder in dieser engen Viele, die mit billigen, weißen Lackmöbeln ausgestattet war und mit einem pompösen, im Ton ein wenig schreienden, purpurrot sammetenen Läufer — und starrte verzückt auf diesen Blondkopf, der strahlend und lachend vor naiver Freude unter dem elektrischen Bandarm schimmerte, in dessen rötlicher Lichtflut Hertas berückende Farben, das Gold des Haares, das Türkisblau der Augen, der Schnee des Halses im tiefen Herzausschnitt der maigrünen Seide leuchtete.

Jordan war im korrekten Gehrock, und Herta nahm den Freund bei der Hand und führte ihn durch die kleine Wohnung, die ohne sonderlichen Mißgeschmack mollig und wohnlich eingerichtet war und von Sauberkeit strahlte. Das nach der Straße zu gelegene zweifelhafte Schlafzimmer mit dem unwahrscheinlich großen weißen, baldachingekrönten Himmelbett, den Spighogen über den Türen, der tiefblauen dicken, sammetenen Bodenbespannung, der blauen Ampel, dem riesenhaften, eisbärfellbelegten Diwan, den gerahmten Nachtbeuten an den Wänden — wies die Kokottenote freilich sehr eindringlich auf.

Im Wohnzimmer stand wieder ein mächtiger Flügel. (Fortsetzung folgt.)

Landesverräter, Schluß, herunter von der Tribüne, so daß Eugenberg überhaupt nicht mehr zu Worte kommen konnte und der Präsident in seiner Hilfslosigkeit die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagte. Nach Wiedereröffnung mahnte Vizepräsident Kaufmann namens des Senioren-Konvents das Haus, die Redefreiheit zu wahren und schließlich konnte Eugenberg auch weiter sprechen. Die Entgleisung Eugenbergs diente den Herren Erzberger in der gestrigen Sitzung und Braun und verschiedenen anderen Rednern in der heutigen Sitzung als willkommenen Anlaß zu heftigen Polemiken gegen Eugenberg. Von der rechtssozialistischen Seite sprach Braun, Nürnberg, aber viel weniger zu der Steuervorlage als gegen Eugenberg. Seine ganze Rede war auf diese billige Polemik aufgebaut. Vom Zentrum nahm der Nachener Oberbürgermeister Farwid zur Steuervorlage Stellung, wesentlich sachlicher als der Rechtssozialist, aber natürlich verwaschen er, der im besetzten Gebiete wohnt, sich auch energisch gegen den großkapitalistischen Freund der Entente Eugenberg. Die Beratung geht weiter.

Schlichtungsausschuß und Reichspostministerium

Wenn irgendwo die Arbeiterschaft es ablehnt, in Lohn-differenzen sich einem ihr ungünstigen Schiedspruch zu beugen, geht gleich ein Geschrei über die Gewissenlosigkeit ihrer „Streik-heger“ verbunden mit Beschimpfungen über die Unverschämtheit der Arbeiterforderungen los. Besonders tun sich in solchen Fällen die Richter in den Gewerkschaften wie ihrer Parteiorganisation hervor.

Bei einem erneuten Fall der Ablehnung eines Schieds-spruchs aber, der die Arbeiterschaft zum Streik trieb, hört man sie nicht: ist doch hier eine hohe Reichsstelle, nämlich das Reichspostministerium, der Friedensstörer. Es lehnte einen Spruch des Kölner Schlichtungsausschusses ab, der den Post-aushelfern im mittleren Beamtendienst der Postverwaltung Köln für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 1. Oktober 1919 einen 25prozentigen und vom 1. Oktober ab bis zum Abschluß eines Reichstarifes einen 40prozentigen Lohnaufschlag zubilligte, für die Erhöhung der Rinderzulage auf 50 Mark festsetzte. Im Schiedspruch heißt es ausdrücklich, daß auch der Ver-treter der Oberpostdirektion Köln die Notwendigkeit der Bezüge anerkenne und daß die Lohnsätze der Postaus Helfer ihre Existenz nicht ermöglichen.

Vorverhandlungen, die durch den Zentralverband der Angestellten mit dem Reichspostministerium geführt wurden, blieben ohne Resultat. Selbst dann, als darauf hingewiesen wurde, daß schon um des Ansehens der Schlichtungsausschüsse wegen der Schiedspruch eine bessere Behandlung erfahren müsse, als die Ablehnung durch das Reichspostministerium.“ In diesem lebt nach wie vor Kraetkes engherziger, reaktionärer Geist, nur sein Träger hat den Namen gewechselt.

Die Postaus Helfer wollen nunmehr die Anerkennung des Schiedspruches durch Streik erzwingen. Wo bleibt die Re-gierung, deren Organe durch eines ihrer Ressorts so brüskiert werden, daß daraus ein Streik notwendig entstehen mußte? Will sie etwa auf diese Weise moralisch Eroberungen im Rheinland machen?

Boshaftigkeiten

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. Juli 1919 war beschlossen worden, alle Protokolle über die ver-traulichen Sitzungen des Hauptausschusses und der Siebener-Kommission des Reichstages zu veröffentlichen.

Die Konservativen stellen nunmehr die kleine Anfrage, wann eigentlich dieser Beschluß in die Tat umgesetzt werden würde!

So eine gemeine Blase, dachten Herr Scheidemann tutti quanti, als sie davon hörten! Sie will sie durchaus kompromittieren. Denn aus den Protokollen geht klar und deutlich die Kriegswaffenbrüderchaft mit den Konservativen sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie hervor! Sodas man wohl nicht zu Unrecht annehmen darf, die Verzögerung der Veröffentlichung finde in dieser Tatsache seine Gründe.

Hauptmann v. Kessel verhaftet

Der erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I antrags-gemäß gegen den Polizeihauptmann von Kessel einen Haft-befehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Heraus-forderung zum Zweikampf erlassen hat und Kessel heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist.

In und um Elbing

Gerichtsvollzieher und Schuldner

Die gegenwärtige Zeit ist für die große Mehrzahl der Menschen nicht schön und mancher, der nie glaubte, daß es mit ihm so weit kommen könne, macht notgedrungen mit Schulden und wenn es ganz schlimm kommt, auch mit dem Gerichtsvollzieher Bekanntschaft. Daß der Lezere nirgends als lieber Freund empfangen wird, ist begreiflich. Anderer-seits aber sollte auch niemand dem Beamten sein Amt nach-tragen und ihm mit offener Grobheit begegnen oder wohl gar tätlichen Widerstand entgegensetzen. Das bringt letzten Endes nur für den Schuldner neue Nachteile mit sich. Und zudem ist es verkehrt, in dem Beamten den Feind zu sehen. Das bürgerliche Recht hat auch für den Schuldner mehrere Schutz-bestimmungen geschaffen und dem Gerichtsvollzieher liegt nicht nur die Pflicht ob, die gegen den Schuldner gerichteten Gesetzbestimmungen anzuwenden; er hat ebenfalls die schützende Hand zu ziehen und tut dies auch. Verkehrt ist es daher, wenn jemand, der das Unglück hat mit dem Schuldgesetz in Konflikt zu geraten, dem Gerichtsvollzieher mit Feind-seligkeit entgegentritt.

Wenn in folgendem dem Schuldner einige Winke für den Fall der Vollstreckung gegeben sind, so wenden sie sich nicht an den gerissenen, wenn ich so sagen darf, gewerbsmäßigen Schuldner. Er kennt oft das Gesetz besser als ein Advokat. Und wie er längst ein Wituose geworden ist in der Kunst, das Recht zu seinen Gunsten zu kehren und dem Gläubiger, wenn es geht, ein Schnippchen zu schlagen, so weiß er sich das zu bescheiden, wo er nicht anknüpfen kann. Dem weniger gewiegten Schuldner aber möge frommen:

1. Öffne dem Gerichtsvollzieher willig Wohnung, Schränke und Behältnisse; denn er ist sonst befugt, sie öffnen zu lassen.
2. Enthalte dich jedes Widerstandes, denn der Gerichtsvoll-zieher kann sonst Gewalt anwenden und die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Du machst dich dabei strafbar.
3. Mache dem Gerichtsvollzieher keine Schwierigkeiten, wenn er eine Sache pfändet, die du für unentbehrlich und un-pfändbar ansehest, denn die erste Entscheidung hierüber

ist in seine Hand gelegt und du darfst und mußt zu ihm das Vertrauen haben, daß er seine Entscheidung mit vollem Bewußtsein der ihm übertragenen Verantwort-lichkeit trifft. Fühlst du dich benachteiligt, so führe Be-schwerde beim Gericht und verlange Freigabe.

4. Lege es dem Beamten nicht als persönliche Bosheit aus, wenn er unter deinem Widerspruch die Pfandmarke an einer leicht bemerkbaren Stelle anbringt. Er tut damit nur seine Pflicht; denn die Wirkung der Pfändung ist durch deren Kennzeichnung bedingt. Du kannst also nicht verlangen, daß das Pfandstempel an der Boden-seite des Teppichs, an der Rückseite des Bildes angehaftet wird.
5. Du mußt den Gerichtsvollzieher im Winter von 6 Uhr früh, im Sommer von 4 Uhr früh bis 9 Uhr abends seines Amtes walten lassen.
6. Du hast dir an jedem Ort, wo du angetroffen wirst, auf dem Bahnhof, auf dem Spaziergang, im Restaurant die Pfändung gefallen zu lassen. Du kannst nicht ver-langen, daß dies nur in deinem Geschäftslokal oder in deiner Wohnung geschieht.
7. Auch häufig mußt du dir die Anwesenheit des Gläubigers gefallen lassen.

Elbinger Stadttheater

Freude und Jubel herrschte gestern abend im hiesigen Stadttheater. Hatte doch die Direktion das Weihnachtsmärchen „Der gestiefelte Kater“ zur Aufführung herausgegeben. Wie der ungeteilte Beifall bewies, war der Erfolg bei der kleinen Zuhörerchar unbeskritten. Besonders die Hauptfigur, der gestiefelte Kater, löste wahre Beifallsstürme aus. Der Inhalt lehnt sich eng an das bekannte Märchen an, wenn auch nicht immer die Feinheiten deselben zum Ausdruck gebracht werden können. Die Spielleitung hatte durch fleißiges Arbeiten sehr gute Wirkungen erzielt, die wesentlich zum gestrigen Er-folg beitrugen. Das Hauptinteresse erweckten natürlich die jugendlichen Darsteller. Man sah es den Zuhörern an, daß die Vorgänge auf der Bühne von ihnen miterlebt wurden und selten wohl haben Darsteller ein dankbareres Publikum gefunden. Die Rolle des Katers wurde von der kleinen Blumensfeld sicher und mit Humor gespielt. Es war eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Die Zusammenkunft der Waldgeister im 2. Bild sprach ebenfalls sehr gut an. Be-sonders der kleine Schäfer verstand es, seine Rolle mit Humor und Würde zu spielen. Der Toffel, dargestellt durch Herrn Hille, und die schläfrige Magd des Fr. Blumenfeld erlangen einen durchschlagenden Erfolg. Wahre Heiterkeits-stürme erzielten beide durch ihren derben Humor. Auch die übrigen Darsteller sprachen sehr gut an. Besonders er-wähnenswert waren die eingelegten Tänze. Der Tanz der Pilze und der Elfenreigen im 2. Bilde mußte wiederholt werden. Die Freude und Heiterkeit im Zuschauerraum über-trug sich zeitweise auch auf die Darsteller, doch konnte das dem Ganzen keinen Abbruch tun. Die Aufführung dürfte auch in den nächsten Tagen ihre Zugkraft beibehalten und dankbare Zuhörer finden.

Elbinger und Marienburger Zeitung

Zum Marloherprozeß hat die Elbinger Zeitung noch nicht ein verurteilendes Wort über die dort enthüllten Skandale gefunden. Mit ihrem Urteil über den Leipziger Parteitag war sie rascher bei der Hand. Es dürfte deshalb die Leser interessieren, wie anderswo von bürgerlichen Blättern über diese Dinge geurteilt wird. Die Marienburger Zeitung, ein hochkonservatives Blatt, schrieb dazu, nachdem sie zunächst für Marloh nach Entschuldigungsgründen gesucht hatte:

Auf einem anderen Blatt steht, was nach dem 11. März passiert ist, um die traurige Sache dem Richterpruch zu entziehen. Was hier an Vertuschungsmanövern, an Fälschungsversuchen, an dienlichen Einwirkungen von oben her, an seelischen Torturen wie an plumpen Be-rückeltungen aufgedeckt worden ist, übertrifft, man muß es rückhaltlos aussprechen, die schlimmsten Erwartungen. Nichts, aber auch rein garnichts können die hier Schuldigen zu ihrer Entlastung anführen. Wenn sie sagen, daß es sich darum handelte, Reinhard und Roske zu retten, ohne die der Bolschewismus über uns gekommen wäre, so könnte mit solchen Rechtfertigungen schließlich jedes Verbrechen gedeckt werden. In Wirklichkeit ist eine gute und gerechte Sache immer nur mit anständigen Mitteln zu halten — muß zu dunklen Mächtschaften gegriffen werden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, so ist es schon um sie geschehen. Jetzt wird auch Herr v. Kessel einsehen, welchen Väterdienst er der Regierung geleistet hat, als er sich auf seine Weise des Oberleutnants Marloh annahm.

Was wird, was kann die Regierung tun? Zunächst muß sie natürlich der Gerechtigkeit ihren Lauf lassen, das ist selbstverständlich. Aber danach entsteht, ebenso selbstverständlich, die Frage: wen trifft die Schuld für diese schmachvollen Dinge, die moralische, wen die politische Verantwortung? Damit, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird in dem Augenblick, wo sie ans Tageslicht gekommen sind, ist es nicht getan; die brennende Frage ist gestellt: Wer ist dem deutschen Volke verantwortlich für diesen Abgrund der Korruption, der sich plötzlich vor seinen Blicken aufgetan hat? Die National-versammlung ist zur Stelle. Sie muß hier nach dem Rechten sehen, unverzüglich und unbarmherzig.

So wenig wir sonst mit der Marienburger Zeitung übereinstimmen, diesmal können wir nicht anders, als fest-stellen, daß ihre Haltung einwandfrei ist. In einigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Mitteilungen aus dem Gang des Prozessesverfahrens, darf sich die Aufgabe einer Zeitung nicht erschöpfen. Hier heißt es Farbe bekennen und aus-sprechen, was ist.

Elbinger Polizeinachrichten

Der im Laufe des Sommers in den Geschäftsräumen des Metallarbeiter-Vereins verübte Einbruch hat seine Auf-klärung gefunden. Der bei der Polizei bekannte Schlosser Egli, früher in Elbing, wurde in Barren verhaftet. Bei der Untersuchung fand man 2 Geldschrankschlüssel, die sich als die seinerzeit gestohlenen Schlüssel des Metallarbeiter-verbandes feststellen ließen. Wahrscheinlich hat E. die Schlüssel behalten, um zu geeigneter Zeit einen neuen Einbruch zu verüben.

Ostdeutsche Nachrichten

Dem „Sankt“ der Verbrecher anvertraut

Eine Depesche aus Königsberg meldet:
„Zum Schutze der ostpreussischen Grenze gegen nach-

drängende lettische Banden sind jetzt militärische Maßnahmen in die Wege geleitet. Von der im Anmarsch befindlichen Eisernen Division wird jetzt der eingetroffene erste Teil zum Schutze der Grenze nach Memel geleitet. Auch die später ein-treffenden Teile der Eisernen Division sollen laut Verfügung des Behrtrainskommandos zum Grenzschutz verwendet werden.“

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Winnig, hielt in einer Versammlung der Deutschnationalen in der Börse in Königsberg eine Ansprache, in der er sich warm für die Kämpfer im Baltikum einsetzte, denen man tiefen Dank und Anerkennung schulde.

„Ich denke noch“, so etwa führte er aus, „an die bangen Stunden, als ich die Aufgabe übernommen hatte, für die Unversehrtheit der Ostgrenze des Reiches einzutreten, und ich erinnere mich gern des beglückenden Gefühls, als ich die Nach-richt erhielt, daß das Korps v. Plowe sich auf dem Marsche befinde.“

Wenn seinerzeit unter dem Eindruck der Ereignisse harte Worte über die Baltikumkämpfer gefallen seien, so könne er dem nicht beipflichten. Für ihn seien die Baltikumkämpfer keine Plünderer und Verbrecher, sie seien vielmehr Leute, die sich zu hohe Ziele gesteckt hätten und im guten Glauben auf der Suche nach einer neuen Welt scheiterten. Was die Ge-fahren, die Ostpreußen durch den Bolschewismus drohen, angehe, so sei die Lage Ostpreußens noch nie so ernst gewesen wie jetzt.

Damit hat der wandlungsfähige Winnig seinem Ruhmes-kranze ein neues Blatt zugefügt. Ostpreußen wird also die neue Domäne der baltischen Meuterer, die von Rechtswegen ins Juchthaus gehören, in einem Augenblick, wo die Partei, der Herr Winnig angehört, in ihren Zeitungen eine offizielle Erklärung losläßt in der sie feststellt:

Die Kohlennot Ostpreußens ist zum weitaus größten Teil eine Folge des Angehorsams der Baltikumtruppen.

Diese von den Deutschnationalen und Alldeutschen geschürte und unterstützte Widergesetzlichkeit jener Truppen-verbände hat uns die wochenlange Ostseeblockade gebracht und eine rechtzeitige Versorgung Ostpreußens unmöglich gemacht.

Welches Ziel verfolgen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei?

Sie wollen die Abtrennung Ostpreußens vom Reiche, um die Wiederkehr der Monarchie vorzubereiten und mit deren Hilfe dann den Revanchekrieg gegen Frankreich in Kürze zum Zaune zu brechen.

Wem jetzt noch nicht die Augen aufgehen über die Konsequenz der rechtssozialistischen Politik, dem ist nicht mehr zu helfen.

Was die westpreussischen Arbeiter in Polen erwarten

Nach der Warschauer Zeitung Nowo dnyk führt der Führer der polnischen Sozialdemokraten, der Abgeordnete Daszynski in seiner letzten Landtagsrede einen äußerst scharfen Feldzug gegen die Regierung. Er führte u. a. aus:

„Es kommt zu immer unhaltbareren Zuständen, da die Hauptstadt keine Räumlichkeiten für die Unterbringung der Kranken hergibt. Ist es nicht eine Schmach für unser Reich, wenn ein kranker Bergmann 60 Pfg. täglich Unter-stützung erhält! Die Regierung wird weder regiert, noch regiert sie selbst. Die Regierung ist eine Null. Alles machen die Landräte, denen die örtlichen Großgrund-besitzer und Schleihändler diktieren, was sie zu machen haben. Die Regierung hat längst das Steuer des Staatsapparates verloren. In Frankreich sind die Bahnhöfe von Scharen von Frauen und Kindern belagert, die auf die Rückkehr nach Polen harren. Aus Mitleid reichen ihnen fremde Leute eine warme Suppe oder warmen Tee, damit sie nicht umkommen. In Frankreich, in der Schweiz und Oesterreich sind Konzentrations-lager gebaut. So nimmt sich also Polen seiner Kinder an, und warum? Weil es an einem Menschen fehlt, der hinfährt und der die Sache im Laufe von 48 Stunden erledigt.“

Der Marienburger Angestelltenstreik beendet

Unter dem Voritze des Ersten Bürgermeisters Pawelciff haben zwischen den Vertretern der beiden Organisationen Verhandlungen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß der Elbinger Schiedspruch im wesentlichen von den Arbeitgebern angenommen wurde. Der neue Tarif hat bis zum 30. Mai n. J. Gültigkeit. Die Angestellten haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Vom Unglück verfolgt

Unserem Genossen Radtke in Kaminko legt das Schick-sal schwere Lasten auf, wie so bald keinem zweiten. Ein Sohn fiel im Kriege. Ein anderer Sohn erlitt im Krommel-feuer einen Nervenzusammenbruch und mußte längere Zeit in einer Heilanstalt zubringen. Eine Tochter von 20 Jahren verlor Radtke innerhalb weniger Tage voriges Jahr. Eine jungverheiratete Tochter war ihr ebenfalls nach kurzer Krank-heit vorangegangen. Jetzt hat sich die Frau des Genossen Radtke eine Blutvergiftung zugezogen, der sie erlegen ist. Am kommenden Sonntag wird sie begraben. Genosse Radtke hatte mit der Kranken zu tun und erlitt ebenfalls eine Blut-vergiftung. Der ärztlichen Operation, die sofort vorgenommen wurde, gelang es, sein Leben zu retten, doch dürfte einige Zeit bis zur völligen Herstellung vergehen. Radtkes Schicksal, der unter den Arbeitern von Marienburg und Umgehend sehr bekannt und geachtet ist, erweckt allgemeine Teilnahme. Auch die älteren Elbinger Genossen kennen ihn aus der früheren Parteitätigkeit her noch gut und fühlen mit ihm.

Der Kommunist Marberg vor Gericht

Der kommunistische Parteisekretär und Wanderredner August Burgmer aus Nahlen in Württemberg hatte sich vor dem Danziger Schöffengericht wegen Aufforderung zur Be-gehung von Straftaten zu verantworten. Er trat Anfang November in Danzig unter dem Namen Marberg aus Königs-berg auf und hielt in öffentlichen Versammlungen Reden, in denen er Gewalt androhte, wenn der Wille der revolutionären Massen nicht erfüllt würde. In einer öffentlichen Versamm-lung in Dhta am 3. November sagte er: „Sammelt, sammelt! Was ihr sammeln sollt, wißt ihr. Es ist schade, daß wir die Waffen abgeliefert haben. Wer die Macht hat, hat die Gewalt.“ In dieser Äußerung wurde eine Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen erblickt. Burgmer wurde ver-haftet und nun aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Amtsanwalt beantragte eine Strafe von 3 Monaten Gefäng-nis. Das Gericht sah die Sache jedoch milder an und er-kannte auf 170 Mark Geldstrafe. Die Strafe wurde durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt und der Beurteilte freigelassen.

Wir bitten unsere wertere Kundschaft, zum bevorstehenden Weihnachtsfeste ihren Bedarf an

Zigarren, Zigaretten und Rauchtobaken

in den unten aufgeführten organisierten

Spezial-Geschäften

gefl. decken zu wollen. Diese Geschäfte bieten Gewähr für reelle und preiswerte Ware.

Elbinger Zigarrenhändler-Verein.

Fritz Bauer, Aeuß. Mühlend., Ecke Johannisstr.
Karl Becker, Georgendamm 6
W. Breitfeldt, Inn. Mühlend. 18/19 u. Herrenstr. 44
Buhrmester, Inn. Mühlendamm 4b
Herm. Ellmer, Stadthofstrasse 6
Frl. Felsler, Johannisstrasse 1
Joh. Gustävel, Alter Markt 18
Frau A. Hecht, Johannisstrasse 20b
Aug. Heß, Heil. Geiststrasse 33/34

Gust. Heß, Wilhelmstrasse 2
Ernst Hildebrandt, Bahnhofstrasse 6a
F. Kleefeldt, Inn. Mühlendamm 36
C. F. Krause, Friedrichstrasse 1
B. Kuhn, Heil. Geiststrasse 27
Richard Siebert, Alter Markt 23
Alb. Lange, Hauptstr. 1, Bahnhofstr. u. Alter Markt
Alb. Liebscher, Wilhelmstrasse 43
Frau Maciejewski, Schmiedestrasse 1

Murawski & Co., Leichnamstrasse 23
Herm. Penner, Alter Markt 20
Max Reichelt, Burgstrasse 4
Frl. Rosenbaum, Herrenstrasse 20
Aug. Schwark, vorm. Franz Fahlke Nachfg.,
Inn. Marienburgerdamm 2a
Franz Wermter, Königsbergerstrasse 98
Otto Wein, Aeuß. Mühlendamm 1
Frau H. Wild, Herrenstrasse 26
Zillgitt, Schmiedestrasse 14

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
Teilnehmer und Hinterbliebenen
Ortsgruppe Elbing.
Montag, d. 15. Dez. 1919, abends 8 Uhr, im Volkshaus,
großer Saal **Witgliederversammlung**
Hierzu werden sämtliche Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen eingeladen.
Der Vorstand.

Stadt-Kino
Alter Markt 39
Von Freitag bis Montag:
Der Großfilm einer Sonderklasse mit **Maria Widal**
Der schuldlose Verdacht
oder: Anschuldig des Gattenmordes bezichtigt.
Wichtiges Drama in 4 Akten.

Gehekte Menschen
oder: Die angeblich zweifelhafte Vergangenheit
der Sonja mit **Gara Kimball-Young**.
! Der große Kulturfilm in 4 Akten!
1. Vorstellung 6.45, 2. Vorstellung 8.20,
Sonntags von 3 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.

C.T. Brückstrasse 15 C.T.
Von Freitag, d. 12. Dez. bis Donnerstag, d. 18. Dez.:
Die große Sittentragödie!
Du, die Hofette.
(Das Schicksal eines verführten jungen Mädchens)
Sittenbild in 6 Akten.

Winnepeg der Trapper.
Spannendes Bild-West-Drama in 2 Akten.
Einlagen: **Wie sich das Kino rächt**, Komödie.
Sensationelle Erfindung, Lustspiel in 1 Akt.

Elbinger Sportverein
*** Siegfried ***
veranstaltet
Sonntag, d. 14. d. Mts., im Gewerbehause
einen
groß. Amateur-Wettstreit
im Ringen
für Mitglieder des Vereins.
Es werden Ehrenpreise ausgerungen, die
von Herrn Kommerzienrat F. Komnick und
Herrn Carlson gestiftet worden sind.
Beginn der Vorkämpfe: Vorm. 10 Uhr.
Entscheidungskämpfe: Nachm. 4 Uhr.
Zum Schluß: Preisverteilung
Theater und Tanz.
Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung 3 1/2 Uhr.
Um regen Zuspruch bittet
der Vorstand.

Volkshaus.
Sonntag, den 14. Dezember:
Großes Tanzfränzchen.
Anfang 4 Uhr.

Kartell der freien Gewerkschaften.
Sonntag, den 13. Dezember, im Volkshaus:
Unterhaltungsabend
mit Tanz.
Anfang 5 Uhr. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Gasthaus „Legan“
Seden Sonntag:
Großes Tanzfränzchen.

Verlobungskarten
in geschmackvoller Ausführung
liefert schnellstens
Buchdruckerei
Elbinger Volksstimme
Telephon No. 1071 .. Spieringstrasse 21

Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut
von
Johann Kaiser, Tischlermeister
Friedrichstrasse 3, Eingang Heil. Geiststrasse, Telephon 1038
empfiehlt sein Lager in
Särgen nebst Ausstattungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten
zu angemessenen Preisen.
Eigene Leichenwagen und Träger.

Zigarren
Zigaretten
Rauch-, Kau- u. Schnupftabak
nur reine Qualität, keine Mischware
Georg Cohn
Junkerstr. 43 u. Johannisstr. 16.

Kaffee frisch geröstet
Guatemala, großbohlig, Pfd. 24,00 Mk.
Santos „ „ Pfd. 20,00 „
empfehlen
Hamburger Kaffee-Lager
Gebr. Pfeil
Friedrichstr. 3 u. Inn. Mühlendamm 2a.

Zum Weihnachtsfest

Als passende Geschenke empfehle:

Grudeöfen, elektrische Kronen, Zuglampen u. s. w.
Klubbüchsen, Rauchtische und Rauchservice, Brot-
büchsen, Ofenvorsetzer, Brotschneide-Maschinen,
Kaffeemühlen, „Rex“-Einkoch- u. Fruchtsaftapparate,
Waschmaschinen, Wäscherollen, Wringmaschinen,
Teppichkehrmaschinen, Gardinenspanner u. s. w.

Nickelwaren: Kaffeeservice, Teegläser, Tortenplatten,
Tortenheber, Sektkühler, Bowlen, Brot-
körbe, Löffelkörbchen, Eierbecher, Zuckerzangen, Krümel-
garnituren, Zigarettenkasten, Glasuntersätze u. s. w.

Stahlwaren: Tranchierbestecke, Butter- und Küchen-
messer, Geflügelscheeren, Kuchen- und
Fleischgabeln, Brot-, Schinken- und Wurstmesser, Messer
und Gabeln, Scheeren aller Art, Nagelfeilen u. Nagelbestecke,
Rasierapparate, Haarschneidemaschinen, Nußknacker u. s. w.

Ferner: Rodel-, Stuhlschlitten, Schlittschuhe, Schlittengeläute.

Aluminium- u. Emaillegeschirre aller Art.
Taschenlampen und Batterien und anderes mehr.

Telephon 1083 **Hermann Bruckert** Brückstr. 3.
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Stadttheater Elbing
Freitag, den 12. Dezember:
Gastspiel des Herrn **John Röver**
vom Lustspieltheater
Königsberg

Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten
von E. Kälmán.

Sonnabend, den 13. Dezbr.,
nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Ein Weihnachtsmärchen
in 5 Bildern.

Abends 7 1/2 Uhr:
Magdalena.
Volksstück in 3 Akten von
L. Thoma.

Sonntag, den 13. Dezember,
nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten
von C. Millöcker.

Morgen, **Rosfleisch**,
Sonnabend, **Rosfleisch**,
schieres u. **Rosverkauf**.
Metzner, Hauptstr. 45,
Fernruf 659.

Soxleth's Nährzucker
Ramogen
Lebertran-Emulsion
Ovomaltine.
Natsapotheke
Schmiedestr. 3.

Kollegen! Empfehle zu den Weihnachts-
einkäufen mein großes Lager in
Rauchwaren

Durch günstige Einkäufe ist es mir möglich, ebenso billig
zu liefern als der hiesige Zigarrenhändler-Verband.
Kollege A. Lietzau, Alter Markt 2

Gummibälle,
Fußbälle, Fußballblasen,
Jugendchriften, Bilderbücher,
Unterhaltungsspiele, Schach, Salta re.
sowie Spielanleitungen für Spiel und Sport
empfiehlt bei größter Auswahl
R. Lengning, Fischerstr. 20/21.

**Weihnachts-
bäume**
in großer Auswahl empfiehlt
Paul Stegmann
Gärtnerei,
Grubenhagen 24. Telephon 553.

10-15 Mark
garantiert täglicher Ver-
dienst; kein Wiederverkauf,
nur häusliche Arbeit für
jedermann.
— Bitte um Adresse. —
Glimmerkarten-Zentrale
R. Bach, Chemnitz,
Lerchenstr. 1.

Ein Streichbaß
zu kaufen gesucht **Heinrich Kiepert**,
Pangritzstraße 9.

Genossen!
Weihnachtsbäume
sind in großer Auswahl billig
zu haben **Herrenstraße 1**,
Eingang Neustadt, Wallstraße.

Hämorrhoiden
heilt „Hämorrhoid“. Bro-
schüre m. ärztl. Gutachten
u. vielen Dankschr. gratis.
Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Elbinger Standesamt
vom 12. Dezember.
Sterbefälle: **Kellner**
Fritz Herrmann, 16 1/2 J. —
Gewerberat Christian Heinrich
August Valentin Cnyrim, 62 J.